

Sitzungsvorlage



Gremium: Gemeinderat
Sitzungscharakter: öffentlich
Sitzungsdatum: 07.05.2020
Amt/ Sachbearbeiter(in): Hauptamt/ Hoffmann, Esther
Vorlage- Nr. 21/2020

Tagesordnungspunkt: 6

Bezeichnung: Ersatz von Einnahmeausfällen des ÖPNV, bedingt durch die Corona-Krise

Sachverhalt:

Der Rhein-Neckar-Kreis hat zur Sicherstellung der Verkehrsbedienung im Kreisgebiet Konzessionsverträge für die einzelnen Buslinienbündel mit Verkehrsunternehmen abgeschlossen.

Die Vergaben dieser Linienbündel des Rhein-Neckar-Kreises sind nach Durchführung der europaweiten Ausschreibung, welche der Verkehrsverbund im Auftrag des Kreises durchführt, auf der Grundlage des sogenannten Nettoprinzips erfolgt.

Dies bedeutet, die Bieter müssen sowohl die Kosten als auch die erwarteten Einnahmen kalkulieren, sie zu einem Zuschussbetrag saldieren und für die Gesamtlaufzeit anbieten. Eine nachträgliche Spitzabrechnung von Einnahmen erfolgt nicht, die Erlöschancen und das Erlösrisko in Folge von Nachfrageschwankungen liegen allein beim Verkehrsunternehmen. Eine Spitzabrechnung erfolgt lediglich für den Bereich der Energiekosten.

Vor Durchführung der wettbewerblichen Verfahren wurden Finanzierungsvereinbarungen für die jeweiligen Linienbündel zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und den bedienten Städten sowie Gemeinden und ggfs. benachbarten ÖPNV-Aufgabenträgern abgeschlossen, welche die Finanzierung der Ausgleichsleistungen für die gemeinwirtschaftlichen Verkehre im jeweiligen Linienbündel sichern.

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden tragen danach zunächst für den laufenden Betrieb für Linienbusse sowie auch für die Straßen- und Stadtbahnen die Aufwendungen für den laufenden Betrieb und erhalten im Folgejahr ausgehend von der für das Zuschussjahr gültigen Förderquote für den laufenden Betrieb von Busverkehren und von Straßenbahn- und Stadtbahnen einen Kreiszuschuss.

Der Verkehrsverbund hat nun mitgeteilt, dass seit Mitte März mit Einstellung des Fahrscheinverkaufs durch die Busfahrer ein ständig steigender Einnahmeeinbruch festzustellen ist. Zudem können Fahrscheinkontrollen nicht mehr durchgeführt werden.

Damit ist der Umsatz im Bartarif weitgehend eingebrochen. Etwas zeitversetzt erfolgen nun auch Kündigungen bei den Zeitkarten-Abonnements. Dies betrifft alle Segmente des Jedermann-Verkehrs und Ausbildungsverkehrs. Wie stark die Kündigungswelle sein wird, ist nicht absehbar und hängt von der ungewissen Geltungsdauer der Ausgangsbeschränkungen ab. Damit fehlen den Unternehmen große Teile ihrer Einnahmen.

Es haben sich bereits Verkehrsunternehmen wegen eines benötigten Ausgleichs der coronabedingten Einnahmeausfälle und deren vertragliche Abwicklung an den RNK gewandt. Als ÖPNV-Aufgabenträger sind die Stadt- und Landkreise mit ihren Kommunen daran interessiert, dass die ÖPNV-Infrastruktur durch die Corona-Krise nicht beschädigt wird.

Seitens der Kommunalen Landesverbände wurde bspw. in der gemeinsamen Pressemitteilung vom 06.04.2020 klar gegenüber dem Land die Erwartungshaltung kommuniziert, dass es für die Einnahmeausfälle im ÖPNV eine Unterstützung des Landes geben muss, d.h., dass der Rettungsschirm des Landes auch diesen Punkt beinhalten muss.

Die juristische Prüfung des Verkehrsverbundes kommt zu dem Ergebnis, dass bei der Kalkulation der Konzessionsverträge in den Vergabeverfahren auch bei den Nettoverträgen kein Verkehrsunternehmen damit rechnen konnte, dass eine solche Krise eintreten würde und aus diesem Grund die Geschäftsgrundlage nach § 313 BGB gestört ist. Dies führt dazu, dass die Vertragspartner den Vertrag nur fortführen müssen, wenn eine sachgerechte Vertragsanpassung an die veränderte Geschäftsgrundlage erfolgt.

Das bedeutet nach der juristischen Einschätzung des Verkehrsverbundes:

Die Unternehmen haben einen Anspruch auf Anpassung der Abrechnung an die gestörte Geschäftsgrundlage, der nur durch Kündigung der Konzessionsverträge abgewendet werden kann. Das heißt aber letztlich nur, die Mindereinnahmen auszugleichen oder den jeweiligen Vertrag außerordentlich zu kündigen bzw. die entsprechende Kündigung des Verkehrs-unternehmens zu akzeptieren. Eine Beendigung der Konzessionsverträge auf Nettobasis ist zu vermeiden, da in diesem Fall eine Notvergabe notwendig wäre, welche noch teurer käme. Bei einer Beibehaltung der Verträge ergibt sich die Vertragsanpassung unmittelbar aus § 313 BGB. Die gestörte Geschäftsgrundlage aufgrund der Einnahmeverluste infolge der Coronavirus-Pandemie führt dazu, dass die coronabedingten Mindereinnahmen zuschusserhöhend auszugleichen sind. Diese Zuschusserhöhungen fallen nach dem ÖPNV-Finanzierungssystem im Kreis und der Finanzierungsvereinbarungen zunächst bei den Städten und Gemeinden an. Der Verkehrsverbund hat seine aktuelle Prognose (Stand 3./7. April) zu den coronabedingten Zuschusserhöhungen mitgeteilt. Dabei handelt es sich um eine grobe Abschätzung für die Monate März und April. Bei der Ermittlung der Zuschusserhöhungen hat der Verkehrsverbund unterstellt, dass sich ein Einnahmepoolrückgang im März 2020 um 15 Prozent und

im April um 31 Prozent ergeben könnte. Nach diesen Abschätzungen des Verbundes würden sich für den Rhein-Neckar-Kreis und seine Kommunen Zuschusserhöhungen für die Monate März und April 2020 von knapp 1,2 Mio. € ergeben. Die Zuschusserhöhungen sowie die Verteilung auf die einzelnen Kommunen sind der angeschlossenen Tabelle zu entnehmen.

Konkret entstehen für die Gemeinde Mühlhausen für März und April 2020 nach aktueller Hochrechnung Mehrausgaben in Höhe von 31.780,48 €.

Die Verwaltung sieht es zur Aufrechterhaltung des ÖPNV-Systems für erforderlich an, sich am Ausgleich der Einnahmeausfälle zu beteiligen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es für die Folgemonate zu weiteren Zahlungen kommen wird.

Aufgrund derselben Thematik kommt es auch zu Ausgleichszahlungen im Bereich des Ruftaxis. Hier haben sich die Umlandgemeinden darauf verständigt, die anteilig anfallenden monatlichen Kosten des Betreibers für das Ruftaxi in Höhe von 3.198,00 € zu übernehmen.

Nach Abzug des Kreiszuschusses entfällt bis zur Wiederaufnahme des Fahrbetriebs auf die Gemeinde Mühlhausen ein monatlicher Betrag in Höhe von 211,42 €.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zu den Folgen der Pandemiebedingten Einnahmeeinbrüche in den vom Verkehrsverbund Rhein-Neckar für seine Verbandsmitglieder betreuten Konzessionsverträgen zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, die jeweils geschuldeten zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Auswirkungen auf die strategischen Ziele:

Bisherige Beratungsergebnisse:

Befangenheit:

☐ Auf die Befangenheitsvorschriften nach § 18 GemO ist zu achten.

Unterschriften:

Amtsleiter/in: Mühlhausen, den 21.04.2020

Bürgermeister: Mühlhausen, den 21.04.2020

Gemeinde/Stadt	Anteil an Einnahmeausfällen (15%) März 2020	Anteil an Einnahmeausfällen (31%) April 2020	Anteil Einnahmeausfälle März und April 2020
Altlußheim	4.064,38 €	8.399,72 €	12.464,10 €
Angelbachtal	519,70 €	1.074,04 €	1.593,74 €
Bammental	2.233,26 €	4.615,41 €	6.848,67 €
Brühl	4.064,38 €	8.399,72 €	12.464,10 €
Dielheim	1.175,27 €	2.428,88 €	3.604,15 €
Dossenheim	11.050,22 €	22.837,12 €	33.887,34 €
Eberbach	6.773,79 €	13.999,17 €	20.772,96 €
Edingen-Neckarhausen	27.643,23 €	57.129,33 €	84.772,55 €
Epfenbach	2.101,79 €	4.343,69 €	6.445,48 €
Epfelheim	9.813,34 €	20.280,91 €	30.094,25 €
Eschelbronn	669,52 €	1.383,68 €	2.053,20 €
Gaiberg	1.455,85 €	3.008,75 €	4.464,60 €
Heddesbach	273,67 €	565,59 €	839,26 €
Heddesheim	4.282,28 €	8.850,05 €	13.132,33 €
Heiligkreuzsteinach	3.886,95 €	8.033,01 €	11.919,96 €
Helmstadt-Bargen	2.610,81 €	5.395,68 €	8.006,49 €
Hemsbach	1.891,98 €	3.910,09 €	5.802,07 €
Hirschberg	9.837,44 €	20.330,71 €	30.168,15 €
Hirschberg an der Bergstraße	1.509,01 €	3.118,63 €	4.627,64 €
Hockenheim	4.645,01 €	9.599,69 €	14.244,70 €
Ilvesheim	4.272,30 €	8.829,42 €	13.101,72 €
Ketsch	6.967,51 €	14.399,53 €	21.367,04 €
Ladenburg	4.101,41 €	8.476,25 €	12.577,66 €
Laudenbach	445,17 €	920,02 €	1.365,19 €
Leimen	23.535,86 €	48.640,77 €	72.176,63 €
Lobbach	3.509,41 €	7.252,79 €	10.762,20 €
Malsch	383,82 €	793,23 €	1.177,05 €
Mauer	319,04 €	659,34 €	978,38 €
Meckesheim	1.595,19 €	3.296,72 €	4.891,91 €
Mühlhausen	10.363,20 €	21.417,28 €	31.780,48 €
Neckarbischofsheim	1.651,27 €	3.412,63 €	5.063,90 €
Neckargemünd	23.529,52 €	48.627,67 €	72.157,20 €
Neidenstein	669,52 €	1.383,68 €	2.053,20 €
Neulußheim	2.322,50 €	4.799,84 €	7.122,34 €
Nußloch	2.657,76 €	5.492,69 €	8.150,45 €
Oftersheim	4.064,38 €	8.399,72 €	12.464,10 €
Plankstadt	- €	0,00 €	0,00 €
Rauenberg	2.302,93 €	4.759,40 €	7.062,33 €
Reichartshausen	1.967,88 €	4.066,96 €	6.034,84 €
Reilingen	5.198,20 €	10.742,95 €	15.941,15 €
Sandhausen	6.770,60 €	13.992,58 €	20.763,18 €
Schönau	4.867,38 €	10.059,25 €	14.926,62 €
Schönbrunn	1.629,24 €	3.367,10 €	4.996,34 €
Schriesheim	22.674,19 €	46.859,99 €	69.534,18 €
Schwetzingen	18.580,04 €	38.398,74 €	56.978,78 €
Sinsheim	15.052,44 €	31.108,37 €	46.160,81 €
Spechbach	1.626,64 €	3.361,72 €	4.988,36 €
St. Leon-Rot	13.383,85 €	27.659,96 €	41.043,81 €
Waibstadt	3.749,33 €	7.748,63 €	11.497,96 €
Walldorf	19.582,97 €	40.471,47 €	60.054,44 €
Weinheim	44.778,78 €	92.542,82 €	137.321,60 €
Wiesenbach	3.828,45 €	7.912,13 €	11.740,58 €
Wiesloch	16.088,50 €	33.249,57 €	49.338,07 €
Wilhelmsfeld	6.638,10 €	13.718,73 €	20.356,83 €
Zuzenhausen	- €	0,00 €	0,00 €
Heilbronn	984,59 €	2.034,82 €	3.019,41 €
Karlsruhe	783,31 €	1.618,84 €	2.402,15 €
Rhein-Neckar-Kreis	4.195,19 €	8.670,06 €	12.865,25 €
Gesamtergebnis	385.572,34 €	796.849,55 €	1.182.421,89 €